

PAKISTAN

Nach Debatte über Bibel droht Todesstrafe

Zum „Gefangenen des Monats März 2021“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den pakistanischen Christen Salamat Mansha Masih benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den 30-jährigen Prediger und seinen Freund Harun Ayub Masih einzusetzen. Salamat Mansha wurde am Nachmittag des 13. Februar in einem Park in der Stadt Lahore, der Hauptstadt der pakistanischen Provinz Punjab, wegen angeblicher Blasphemie (Gotteslästerung) festgenommen. Salamat Mansha saß dort mit seinem 25-jährigen Freund, der noch studiert. Sie diskutierten über ein Buch mit dem Titel „Wasser des Lebens“ und dessen biblische Bezüge.

Schüler im Alter von 14 oder 15 Jahren kamen zu ihnen und lauschten, woraufhin einer von ihnen die Christen aufforderte, die Lektüre und Diskussion zu unterlassen. Es sei verboten, unter freiem Himmel über die Bibel zu sprechen.

Appellbrief

Herrn Staatspräsidenten Arif Alvi
c/o Botschaft der Islamischen Republik Pakistan
Schaperstraße 29
10719 Berlin
Fax: 030-21244210

Exzellenz,

ich wende mich heute wegen des 25-jährigen Studenten Harun Ayub Masih und seines 30-jährigen Freundes Salamat Mansha Masih aus Lahore/ Punjab an Sie. Die beiden Christen sollen gegen Paragraph 295 Abschnitte A bis C des pakistanischen Strafgesetzbuchs verstoßen haben. Salamat Mansha sitzt seit dem 13. Februar 2021 hinter Gittern, seitdem er, zusammen mit seinem Freund, infolge eines Streits mit Schülern im Model Town Park von Vertretern der radikalislamischen Partei Tehreek-e-Labbaik Pakistan (TLP) angezeigt wurde. Harun Ayub Masih kam nach der Anzeige zunächst gegen Hinterlegung einer Kaution frei. Wegen der schweren Anschuldigungen stehen beide Männer künftig vor Gericht.

Sie diskutierten in dem Park miteinander über ein christliches Buch, als sich islamische Schüler dabei ungebeten einmischten und ihnen das Gespräch über christliche Literatur zu verbieten versuchten. Sie warfen ihnen erst später vor, ihre Gefühle als Muslime verletzt zu haben. Die Jungen verfügen offenbar trotz ihres noch jugendlichen Alters über gute Kontakte zur TLP, die Gewalt gegen Minderheiten verherrlicht. Auf deren Benachrichtigung hin erschienen gleich Vertreter der TLP, die Anzeige gegen die Christen erstatteten.

Es gibt Grund zur Annahme, dass es nur vordergründig um die Forderung nach Respekt vor dem Islam geht. Viel eher sollen Angehörige von religiösen Minderheiten eingeschüchtert und ein Exempel statuiert werden. Daher bitte ich Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, auf die Freilassung des Inhaftierten hinzuwirken, für die Sicherheit der beiden Beschuldigten und ihrer Angehörigen zu sorgen und für faire Verfahren einzutreten.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: TVS

Rechtsanwältin Aneeqa Anthony mit Kollegen, in der Mitte Harun Ayub Masih

„Wir haben sie nicht eingeladen, uns zuzuhören“, berichtete Harun Ayub später seiner Anwältin. Nachdem eine Debatte entfacht war, verließ er den Park und ging nach Hause, während sich jedoch Salamat Mansha noch weiter dort aufhielt. Die Schüler alarmierten daraufhin die Parkaufsicht. Sie warfen den beiden Christen vor, missioniert und ihre Gefühle als Muslime verletzt zu haben. Sie hätten die Meinung vertreten, der islamische Prophet Mohammed sei vom rechten Weg abgekommen.

Die Schüler riefen schließlich Mitglieder der radikalislamischen Partei TLP herbei, die beide Christen anzeigten. Bevor Salamat Mansha den Park verlassen konnte, wurde er bereits von der Polizei festgenommen.

LIBANON

Flüchtlinge von Hunger bedroht

Die christliche Libanesin Manale Saab, Gründerin der Initiative „Sharing is Caring“ aus Beirut, hat der IGFM geschrieben: „Herr Khalil Al-Rasho hat uns im Libanon besucht. Wir danken ihm, dass er uns geholfen hat, mit Hilfspaketen für Familien Liebe zu verbreiten.“ Als Reaktion

auf den riesigen Zuwachs der Bevölkerung durch Syrer, die vor dem Krieg in ihrem Land flohen, begann sie 2012 mit ihrem Hilfsprogramm für Flüchtlinge, darunter viele Angehörige religiöser Minderheiten. Im Süden des Landes baut sie mit der Unterstützung der IGFM eine Krankenstati-

on auf. Syrische und irakische Flüchtlinge in Beirut und Umgebung erhielten Möbel, Haushaltsgeräte, Nähmaschinen, Schul- und Sportbedarf.

Der Bürgerkrieg, der 2011 in Syrien entbrannte, forderte bislang schon einen hohen Tribut von den Nachbarländern. Schät-

zungen zufolge fanden bis zu 1,7 Millionen Syrer Aufnahme im Libanon, der damit weltweit pro Kopf die meisten Flüchtlinge in seinen Grenzen beherbergt. Die libanesische Wirtschaft und Infrastruktur sind damit überlastet. Mit dem Ausbruch des Kriegs verloren die Libanesen einen wichtigen Absatzmarkt, und die gesetzlich verbotene Arbeitssuche von Geflüchteten drückte zugleich das Lohnniveau herunter, mit weiterer Armut als Folge. Mehr als drei Millionen Menschen in dem Land benötigen wohl aktuell Hilfe zum Überleben.

Das Land der Zedern gilt als eines der freiesten in der arabischen Welt. Christen leben in Frieden unter ihren muslimischen Nachbarn, seien sie schiitisch oder sunnitisch. Bis ins 20. Jahrhundert hinein stellten Christen dort mit über 50 Prozent die Mehrheit dar. Während des Bürgerkriegs zwischen 1975 und 1990 sank ihr Anteil auf ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Gegenwärtig gehen Schätzungen davon aus,



Eine gemeinsame Aktion von IGFM und SIC

FOTO: SIC

dass ihr Anteil bei knapp unter 40 Prozent liegt. Wie in den letzten Jahren wiederholt Anschläge vor Augen geführt haben, ist die Stellung der christlichen Gemeinschaft hart umkämpft und daher fragil.

Am 4. August 2020 kam es in Beirut zu einer Explosion von mehreren tausend Tonnen Ammoniumnitrat, die im Umkreis mehrerer Kilometer Verwüstung anrichtete: Mindestens 200 Menschen verloren ihr

Leben, mehr als 6.500 wurden verletzt. Die Detonation zerstörte die Wohnung Hunderttausender Menschen oder nahm ihnen ihre Jobs.

Durch das Chaos in der Gesundheitsversorgung breitete sich das Corona-Virus rasant aus. Anfang 2021 befand sich das Land der Zedern im weltweit wohl strengsten Lockdown, in dem nicht einmal Lebensmittelgeschäfte zum Einkaufen öffnen. Inzwischen ist der Sauerstoff für die Intensivbehandlung knapp geworden, so drastisch ist die Zahl der Infektionen gestiegen.

Zu aller Bedrängnis haben sich inzwischen – aufgrund der Währungsabwertung – auch noch die Nahrungsmittelpreise verdreifacht. Inzwischen leben doppelt so viel Libanesen in Armut wie noch vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Importeure befürchten eine deutliche Verknappung der Lebensmittel. Die Flüchtlinge werden dann erst recht auf Hilfe von außen angewiesen sein.

NIGERIA

Staatlich gesteuerte Islamisierung

Der nigerianische Sozialethiker und Menschenrechtler Professor Obiora Ike hat vor einer Flüchtlings- und Sicherheitskatastrophe globalen Ausmaßes gewarnt, wenn die internationale Gemeinschaft die Radikalisierung in Nigeria weiterhin ignoriert. „Ethnische Intoleranz, Terrorismus und staatlich unterstützter religiöser Fundamentalismus nähmen in seiner Heimat zu. Diese könnten zu einer „kompletten Konfrontation“ führen, schrieb Ike zu Jahresbeginn in der katholischen Wochenzeitung „Die Tagespost“. Ike, der katholischer Priester ist, gehört dem Kuratorium der IGFM an und erhielt im vorigen Jahr den Stephanuspreis für verfolgte Christen. Mit mehr als 200 Millionen Einwohnern ist das im Westen des Kontinentes gelegene Nigeria das bevölkerungsreichste afrikanische Land.

„Es besteht die offensichtliche und zwingende Annahme, dass zum jetzigen Zeitpunkt in Nigeria die allmähliche, aber doch zügige „Talibanisierung“ und Islamisierung vor sich geht“, stellte er fest. Präsident Mohammed Buhari sei ein „bekennter islamischer Fundamentalist“. Er verfolge ein Programm der muslimischen Hegemonie „in allen Militär- und Sicherheitsein-

richtungen, im öffentlichen Dienst, in den politischen Positionen, in der Wirtschaft und sogar in den internationalen Positionen“. Meilensteine in dieser Islamisierung waren der Beginn der Zentralisierung zunächst unter dem Militärregime seit 1966, was islamische Eliten zur Ausdehnung ihrer Weltanschauung nutzten, die verfassungswidrige Einführung der Schariagesetzgebung seit 1999 in insgesamt zwölf Bundesstaaten sowie der Beginn des Terrors von Boko Haram im Nordosten des Landes. Die Gruppe trägt schon das Verbot („westliche Bildung ist Sünde“) nicht-islamischer Einflüsse in ihrem Namen und kämpft für eine vollständige Durchsetzung der Scharia. Es sei niemals jemand dafür

verantwortlich oder haftbar gemacht worden. Ike bezeichnet dies als „deutliches Anzeichen für die Mittäterschaft der derzeit von muslimischen Eliten, Militär- und Geheimdienstangehörigen kontrollierten Regierung von Nigeria“.

Die Republik Nigeria beheimatet Christen und Muslime jeweils zu gleichen Teilen sowie als Minderheit Anhänger der traditionellen Religionen Afrikas. Die Zahl der Morde aus religiösen Gründen beläuft sich auf 100.000 Opfer allein in den letzten zehn Jahren. Die nigerianische NGO Intersociety zählte im Jahr 2020 über 2.400 Morde an Christen. Verantwortlich für diese Verfolgung sind mehrere Gruppierungen und durch Prediger aufgestachelte Mobs.

Dazu gehören neben Boko-Haram, der IS (Islamischer Staat der Westafrikanischen Provinz) und auch die muslimisch geprägten Fulani-Hirtennomaden. Die Formen dschihadistischen Terrors in Nigeria sind vielfältig. Die Verfolgten sind neben Ermordungen auch Vergewaltigungen, Zwangskonversionen und Entführungen ausgesetzt. Ebenso haben sie mit Vertreibungen und Enteignungen zu kämpfen, wodurch ihre Armut verstärkt wird. (bö)



Michaela Koller im Gespräch mit Professor Obiora Ike

FOTO: STEPHANUS-STIFTUNG